

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Kabus,

meine Damen und Herren,

ich könnte diese Rede zum Haushaltsentwurf eigentlich ziemlich kurzhalten:

Streichen, sparen, Haushalt retten.

Ich bin der Meinung mit meinem Slogan aus der Kommunalwahl den Nagel noch immer auf den Kopf zu treffen. Die letzten Tage haben mir aber doch gezeigt, dass die Lage etwas erklärungsbedürftiger ist.

Ich habe in den vergangenen Wochen einen Satz mehrfach gehört. Er lautete sinngemäß:
„Die FDP wird diesen Haushalt doch eh wieder ablehnen. Das ist doch nichts Neues.“

Ich möchte diesen Satz heute nicht einfach übergehen. Er offenbart nämlich eine Haltung, die ich für respektlos halte: die intensive Arbeit einer Fraktion – immerhin 22 fundierte Anträge und nächtelange Beratungen – einfach zu ignorieren, nur weil die Anträge nicht von der eigenen Fraktion kommen. Manche Köpfe verlassen den Wahlkampf leider nie.

Es ist unprofessionell, inhaltliche Tiefe allein wegen des Absenders beiseite zu wischen. Wer so mit den Ideen und der Arbeit einer Fraktion umgeht, der handelt stil- und respektlos.

Eine Wahrheit offenbart der eingangs erwähnte Satz aber doch: Hätte man der FDP in den vergangenen Jahren öfter zugehört und Haushaltssatzungen entsprechend angepasst, könnten wir heute darüber sprechen welche schönen neuen Projekte wir finanzieren möchten und müssten nicht den Rotstift ansetzen.

Reden wir über das, was die FDP getan hat und warum wir es uns nicht so einfach machen und ohne konstruktive Vorschläge wieder langweilig den Haushaltsentwurf ablehnen:

Wir haben diesen Entwurf geprüft und die ihnen bekannten 22 Einzelanträge gestellt. Keiner davon war bequem und keiner davon war darauf ausgelegt, billigen Applaus zu ernten. Wir haben in den letzten Tagen intensive Gespräche geführt – manche schwierig, manche konstruktiv, aber alle notwendig und das Ergebnis dieser Gespräche ist ein Kompromiss. Ganze 9 unserer 22 Anträge finden sich in diesem Kompromiss wieder.

Das zeigt: Die FDP ist kein „Verhinderungsverein“. Wir sind Partner und Mitgestalter. Aber wir sind eben auch dann unbequem, wenn die Lage uns dazu zwingt. Und diese Lage erzwingt es geradezu.

Es geht um ein Zahlenwerk, also lassen Sie mich auch ein paar Worte zu eben diesen verlieren: Die Stadt hofft auf Erträge von knapp 99,9 Millionen Euro. Dem stehen Aufwendungen von 112,3 Millionen Euro gegenüber. Das Plandefizit beträgt gewaltige 12,4 Millionen Euro. Knapp 500 € pro Bürger nur an neuen Schulden kommen dieses Jahr dazu!

Um dieses Minus auf dem Papier zu verkleinern, greift man tief in die buchhalterische Trickkiste. Ein „globaler Minderaufwand“ von 2,2 Millionen Euro wird abgezogen. Das ist eine pauschale Kürzung von 2 Prozent, die die Verwaltung im Laufe des Jahres irgendwo einsparen muss – ohne konkreten Plan, ohne konkrete Maßnahme.

Das ist eine Hoffnung darauf, dass Dinge günstiger werden in Zeiten, in denen die Inflation neue Höchststände erreicht. Das ist bestenfalls Wunschdenken, aber leider wohl eher Verzweiflung!

Trotzdem verbleibt ein echtes Jahresdefizit von rund 10,2 Millionen Euro. Um dieses Loch zu stopfen, wird die Ausgleichsrücklage vollständig aufgebraucht – die letzten 7,6 Millionen Euro, die die Stadt über Jahre mühsam angespart hat, sind nun unwiederbringlich weg.

Doch damit nicht genug: Der verbleibende Fehlbetrag von 2,67 Millionen Euro wird als „Verlustvortrag“ einfach in die Zukunft geschoben. Das Instrument des Verlustvortrags wurde vom Gesetzgeber nie dafür geschaffen, strukturelle Defizite zu kaschieren, die nur entstehen, weil die Politik jahrelang die Augen vor der Realität verschlossen hat.

Dieses Werkzeug ist eigentlich dafür da, einer Kommune einmaligen Spielraum zu geben, wenn sie eine gewaltige Investition für die Zukunft stemmen muss.

In Rheinbach wird dieses Instrument nun zweckentfremdet. Es dient nicht dazu, einmalige Spitzen abzufangen, sondern es wird als buchhalterischer Deckmantel genutzt, um das finanzielle Scheitern einer „Wahlkampf“-Politik zu verstecken. Das ist kein Gestaltungsspielraum, das ist eine Belastung der kommenden Generationen ohne Gegenwert!

Ich darf den damals beteiligten Ratsmitgliedern, die eben diese Entscheidungen immer wieder getroffen haben, stellvertretend als 21-jähriger und somit Mitglied dieser ausbadenden Generation dafür, in aller Ironie, danken.

Dazu kommen neue Investitionskredite und Kassenkredite. Allein die Zinsbelastung steigt so, dass es mir schwindelig werden könnte. Das ist eigentlich Geld, das uns jeden Tag für Bildung, Kultur, Straßen und Vereine fehlt.

Und wer glaubt, das sei das Ende der Fahnenstange, dem empfehle ich den Blick in die Finanzplanung bis 2029: Dort ist bereits schwarz auf weiß vorgesehen, den Hebesatz der Grundsteuer B von heute 787 Punkten auf 944 Punkte im Jahr 2029 zu erhöhen. Das ist eine Steigerung von knapp 20 % in den nächsten 3 Jahren.

Einen ehrlichen Dank möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich an den Kämmerer, Herrn Kabus, und Herrn Evert für die Erstellung dieses herausfordernden Entwurfs und die offene Zusammenarbeit richten. Diese Zahlen sind keine Kritik an der Verwaltung – sie sind das Zeugnis der politischen Fehlentscheidungen der vergangenen Jahre.

Rede des Fraktionsvorsitzenden Marc Frings (FDP) zum Haushaltsentwurf 2026, anlässlich der Sitzung des Rates der Stadt Rheinbach, am 20. April 2026

Warum haben wir 22 Anträge gestellt, die weh tun? Warum haben wir Einrichtungen und Projekte angesprochen, die vielen am Herzen liegen? Nicht, weil uns ihr Wert gleichgültig ist. Das Gegenteil ist der Fall.

Wir wollen auch morgen noch moderne Schulen in Rheinbach haben. Wir wollen auch morgen noch den Freizeitpark genießen können und wir wollen auch morgen noch unseren Kindern eine schöne Stadt hinterlassen.

Es gibt eine Grundwahrheit: Jede Ausgabe, die heute nicht kritisch hinterfragt wird, landet morgen auf der Nebenkostenabrechnung der Bürger. Das ist kein Schreckgespenst - das ist Mathematik.

Eine Erhöhung der Grundsteuer trifft eben nicht nur vermeintlich wohlhabende Eigentümer. Sie trifft über die Nebenkosten jeden Mieter, jede Familie, jede Studentin und jeden Rentner in Rheinbach. Wer heute keine ausreichenden Konsequenzen aus der Haushaltslage zieht, zwingt morgen alle Rheinbacher zur Kasse.

Ich mache mir große Sorgen. Der Verlustvortrag ist keine Lösung, sondern eine riskante Verschiebung. Das Gesetz schreibt vor, dass diese Verluste innerhalb von drei Jahren durch Überschüsse ausgeglichen werden müssen. Dieser Haushalt zeigt an keiner Stelle, woher diese Überschüsse kommen sollen. Wir hoffen auf ein Wunder.

Wer so weitermacht, riskiert die Haushaltssicherung nicht nur, sondern nimmt sie billigend in Kauf. Und das bedeutet Steuererhöhungen für alle.

Mit unseren Anträgen haben wir Themen auf den Tisch gebracht, die dorthin gehören: von der kritischen Prüfung freiwilliger Zuschüsse über den Verkauf städtischer Liegenschaften bis hin zur Angabe eines ehrlichen Grundsteueräquivalents bei neuen Beschlüssen des Rates.

Mein Wahlkampfeslogan war: Streichen. Sparen. Haushalt retten.

Das war keine leere Phrase.

Es war eine präzise Beschreibung dessen, was jetzt zu tun ist. Die FDP-Fraktion wird diesen Weg weitergehen – kritisch, konstruktiv und mit dem Anspruch, dass jeder Euro, den die Stadt Rheinbach ausgibt, **vor** den Bürgern verantwortet werden kann. Das war unser Versprechen und das halten wir.

Wir stehen bereit. Die Frage ist, ob dieser Rat es auch tut.

Vielen Dank.